

Donau Zeitung

EINE ZEITUNG DER AUGSBURGER ALLGEMEINEN



Interview

Anke Engelke: Ich habe nie gesagt, ich sei witzig
Panorama

Champions League

FC Bayern München besiegt Besiktas Istanbul mit 5:0
Sport

Bedeckt, 2 Grad

Südlich der Donau oft trüb mit etwas Schneefall
Wetter



MITTWOCH, 21. FEBRUAR 2018 NR. 43 | 74. JAHRGANG

www.donau-zeitung.de

PREIS € 1,90

Wie überlastet und frustriert sind unsere Soldaten?

Verteidigung Am Geld liegt es nicht. Die Mängelliste des Wehrbeauftragten ist lang

VON MARTIN FERBER

Berlin Als der Sozialdemokrat Hans-Peter Bartels im Frühjahr 2015 zum neuen Wehrbeauftragten des Bundestags gewählt wurde, führte ihn sein erster Truppenbesuch zum deutschen Gefechtsstand für die schnelle Nato-Speerspitze. Damals, so erzählt er nun bei der Vorlage seines mittlerweile dritten Jahresberichts, sei ihm eine Liste von 15000 Dingen präsentiert worden, „die aus anderen Teilen der Bundeswehr ausgeliehen werden mussten, damit wenigstens 1000 deutsche Panzergranadiere der Nato gefechtsbereit zur Verfügung standen“.

Ein Einzelfall? Von wegen. „Jetzt haben wir 2018 – und am System des Hin- und Herleihens hat sich nichts geändert“, moniert Bartels, der zuvor Vorsitzender des Verteidigungsausschusses war. Sein 120-seitiger eng bedruckter Bericht, den er Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) überreicht hat, ist ein einziger Mängelbericht. Die Lücken beim Personal wie beim Material sind danach in allen Bereichen der Truppe gewaltig. So seien derzeit 21000 Dienstposten von Unteroffizieren und Offizieren nicht besetzt. „Weil so viel Personal fehlt – Führungspersonal, Ausbilder, Spezialisten –, bleibt der Dienst, der zu tun ist, an den Soldatinnen und Soldaten hängen, die da sind.“ Das führe zu „Überlast und Frustration“.

Gleichzeitig wurde nach den Worten Bartels die materielle Einsatzbereitschaft der Truppe in den vergangenen Jahren „nicht besser, sondern tendenziell noch schlechter“. Und das, obwohl Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eine „Trendwende“ versprochen und deutlich mehr Geld zur Verfügung habe. Doch davon sei nichts zu spüren. Mehr noch: im vergangenen Jahr habe das Verteidigungsministerium zehn Prozent der vom Bundestag bewilligten Mittel für Rüstungsbeschaffungen, rund 600 Millionen Euro,

nicht ausgegeben. „Da muss der Apparat noch besser werden.“

Unter anderem sind Deutschlands Lufttransportfähigkeiten nach Bartels' Worten inzwischen so schwach, dass Soldaten, die von ihren Auslandseinsätzen nach Deutschland zurückkehren, oft tagelang auf ihren Heimflug warten müssten, weil zeitweise von den 14 Transportflugzeugen vom Typ A400M kein einziges flog. Ob „Eurofighter“ oder „Tornado“, „Tiger“ oder „NH-90“ – „die fliegenden Verbände beklagen zu Recht, dass ihnen massiv Flugstunden für die Ausbildung der Besatzungen fehlen, weil zu viele Maschinen an zu vielen Tagen im Jahr nicht einsatzklar sind“, so der Wehrbeauftragte.

Gleichzeitig übt Bartels aber auch deutliche Kritik am Verhalten der Verteidigungsministerin, die im vergangenen Jahr nach mehreren Vorfällen mit Nazi-Devotionalien pauschal von einem „Haltungsproblem der Bundeswehr“ gesprochen hat. „Viele Soldatinnen und Soldaten sahen sich einem Generalverdacht ausgesetzt. Sie spürten Misstrauen.“ Dabei setze das Konzept der „inneren Führung“, damit es wirksam sein könne, „ausdrücklich gegenseitiges Vertrauen von Führung und Geführten voraus“, mahnt der SPD-Mann die CDU-Ministerin, ohne sie beim Namen zu nennen. Zudem moniert er ein „Übermaß an Zentralisierung und Bürokratisierung“, unter dem Vorgesetzte aller Ebenen leiden würden. „Die Verregelung von allem und jedem durch tausende von selbst gemachten Bundeswehr-Vorschriften erschrickt das Prinzip des Führens mit Auftrag“, so Bartels. Stattdessen gebe es bei der Armee „Verantwortungsdiffusion, Absicherungsmentalität und Ohnmachtsgefühle“, was auch eine Frage der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr sei.

Mit den Problemen der Bundeswehr beschäftigt sich auch der **Kommentar**. Weitere Hintergründe finden Sie in der **Politik**.

Nordische Dominierer



Johannes Rydzek krönt das deutsche Medaillen-Triple

Für die deutschen Nordischen Kombinierer verlief die Saison bislang holprig – dass ausgerechnet bei Olympia der Knoten platzen würde, war nicht anzunehmen. Genau das passierte jedoch: Am gestrigen Dienstag ging der komplette Medaillensatz an Deutschland. Der Oberstdorfer Johannes Rydzek (Mitte) gewann Gold, Fabian Rieble (rechts) Silber und Eric Frenzel Bronze. Der erste Dreifach-Erfolg der deutschen Kombinierer seit 1976 sorgte für gro-

ße Emotionen: Auf der Strecke kamen Trainer Hermann Weinbuch die Tränen. Ärger gab es dagegen bei den Biathleten: In der Mixed-Staffel vergaben sie eine sicher geglaubte Medaille. Warum die Athleten nun auf den Weltverband wütend sind, lesen Sie im **Sport**. Eine Reportage von der Grenze zwischen Südkorea und Nordkorea finden Sie auf der **Dritten Seite**, eine kleine Kulturgeschichte der Winterspiele im **Fuilleton**.
Foto: Quinn Rooney, Getty Images

Der Konflikt um Afrin eskaliert

Nahost Türkische Armee soll syrische Einheiten angegriffen haben

Istanbul/Damaskus Die türkische Armee setzt ihre Offensive in Syrien offenbar mit immer drastischeren Mitteln fort. Nach einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur Sana hat sie in der von den Kurden kontrollierten Region Afrin gestern syrische Einheiten angegriffen. In einem regierungsnahen Fernsehsender war eine Explosion zu sehen.

Türkische Medien bestätigten den Beschuss, sprachen aber von Warnschüssen auf terroristische

Gruppen, die mit dem syrischen Regime verbunden seien. Kurz zuvor sollen erste syrische Regierungskräfte in Afrin eingerückt sein, das bisher von der Kurdenmiliz YPG kontrolliert wird. Die Türkei sieht in ihr einen Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Am Montag hatte der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu Syrien gewarnt: „Wenn das Regime eindringt, um die YPG zu schützen, kann niemand die türkischen Solda-

ten stoppen.“ Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat bereits eine Belagerung Afrins angekündigt. Man werde das Stadtzentrum „in den nächsten Tagen“ einschließen, sagte er. Die frühere Grünen-Vorsitzende Claudia Roth kritisierte die Ankündigung scharf und forderte die Nato auf, mit allen diplomatischen Mitteln zu verhindern, dass es zu „Kriegsverbrechen wie dem Aushungern durch ein Nato-Mitglied“ komme. (dpa) **»Politik**

Bayern wählt am 14. Oktober

München Jetzt ist es amtlich: Am 14. Oktober wählt Bayern einen neuen Landtag. Den bereits seit Anfang Januar diskutierten Termin hat das Kabinett gestern bestätigt. „Mit einer Wahl Mitte Oktober verschaffen wir den Kommunen Luft bei den arbeitsaufwendigen Vorbereitungsmaßnahmen“, sagt Innenminister Joachim Herrmann. Damit könne vermieden werden, dass zu viele Vorarbeiten in die Zeit der Sommerferien fallen.

Der genaue Termin für die Amtsübergabe von Ministerpräsident Horst Seehofer an seinen designierten Nachfolger Markus Söder ist dagegen noch unklar. Seehofer will dazu erst das Ergebnis des SPD-Mitgliederentscheides abwarten. Als frühester Termin für die Amtsübergabe in Bayern war intern zuletzt der 14. März genannt worden. (dpa)

Eintrag bitte löschen!

Urteil Eine Ärztin muss nicht auf einer Bewertungsplattform stehen

VON CHRISTINA HELLER

Karlsruhe/Augsburg Das Internet bietet Orientierung – jedenfalls einigen Menschen. Sie schauen online nach, wenn sie ein neues Smartphone kaufen wollen. Und sie suchen im Netz nach einem Hautarzt. Dort finden sich Bewertungen – und die helfen bei der Entscheidung.

Ein Beispiel: die Online-Plattform Jameda. Auf ihr kann ein Patient sich Ärzte aus verschiedenen Fachrichtungen in seiner Umgebung anzeigen lassen. Die Treffer sind versehen mit einer Bewertung in Schulnoten und es werden Kommentare von anderen Patienten angezeigt. Die schreiben: „Wenn es in diesem Portal eine schlechtere Note als 6 gäbe, dann

hätte sie dieser Arzt verdient!“ Oder: „Kompetent, freundlich, engagiert. Lieblingsarzt.“

Bislang sind dort alle Ärzte aufgeführt – ob sie wollten oder nicht. Das soll so sein, entschied der Bundesgerichtshof (BGH) 2014. Das Problem dabei: Jameda hat bislang Unterschiede zwischen den Ärzten gemacht. Wer einen monatlichen Beitrag zwischen 59 und 139 Euro bezahlte, bekam Vorteile. Konnte seinen Profil mit einem Foto ausstatten und Anzeigen von Konkurrenten von der eigenen Seite verbannen. Wer das nicht tat, hatte das Nachsehen. Dagegen hat sich eine

Kölnener Hautärztin gewehrt. Sie wollte nicht auf der Seite aufgeführt werden und nicht hinnehmen, dass Kollegen auf ihrer Seite für sich selbst werben. Deshalb hat sie geklagt und nun vom BGH recht bekommen. Die Ärztin wird jetzt von der Plattform gelöscht – und Jameda muss sein Geschäftsmodell ändern. Weil die Plattform zahlenden Ärzten Vorteile einräumt, verlässt sie in den Augen der Karlsruher Richter ihre Rolle als neutrale Informationsvermittlerin. Das geht nicht.

Wie verlässlich Bewertungsportale sind, lesen Sie auf **Geld & Leben**.



Foto: Fotolia

Union bangt mit der SPD

Berlin Selten hatte die Union mehr Mitgefühl mit der Konkurrenz: „Ich glaube, Deutschland braucht Volksparteien“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Michael Grosse-Brömer. Trotz mancher Meinungsverschiedenheit sei es gut, eine „zweite größere Volkspartei“ zu haben. Insofern empfinde er keine Schadenfreude über die Lage der SPD und er rufe auch nicht: „Hurra, die SPD wird täglich kleiner.“ In einer neuen Umfrage sind die Sozialdemokraten, bei denen gestern der Mitgliederentscheid über eine Neuaufgabe der Großen Koalition begonnen hat, mit nur noch 15,5 Prozent bundesweit zum ersten Mal hinter die AfD zurückgefallen.

Mit der SPD und ihrem Entschluss beschäftigen sich auch der **Leitartikel** und die **Politik**. (dpa, AZ)

Blickpunkt Lokales

Zwei Ärzte stehen bereit

Dr. Tomas Fischer und seine Frau Dr. Barbara Fischer, Gynäkologen in Dillingen, waren jahrelang Belegärzte am Krankenhaus. Sie würden wieder anpacken. **»Lokales Seite 33**

Kommentar

Großbaustelle Bundeswehr

VON MARTIN FERBER
fer@augsbu-ger-allgemeine.de

Viel Geld ist immer besser als wenig Geld. Viel Geld kann aber auch neue Probleme schaffen, wie das Beispiel der Bundeswehr zeigt. Nach Jahren des Sparens, Streichens und Streckens steigt der Wehr-Etat inzwischen wieder deutlich. Doch paradoxerweise hat das die Lage der Bundeswehr – noch – nicht zum Besseren verändert. Die ist, wie der Wehrbeauftragte in schonungsloser Offenheit darstellt, eher schlechter geworden.

Die Probleme sind zum Teil hausgemacht, zum Teil liegen sie bei der Industrie. Im Ministerium fehlt es an Personal, die Hersteller sind nicht in der Lage, fristgerecht zu liefern, zudem sind die Mängel Listen bei neuen Flugzeugen oder Schiffen endlos. Das alles nimmt die ehrgeizige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nicht aus der Pflicht, dort schnell Abhilfe zu schaffen, wo die Nöte am größten sind. Nicht zuletzt ist sie aber auch für einen neuen Geist in der Truppe verantwortlich. Um die Bundeswehr als Arbeitgeber wieder attraktiv zu machen, muss sie auch für eine offene Diskussionskultur sorgen und das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten in die militärische wie politische Führung wiederherstellen. Da liegt, wie der Wehrbeauftragte beklagt, vieles im Argen. Und das kann man nicht mit noch so viel Geld kaufen.

Rufen Sie uns an

Haben Sie Fragen und Anregungen? Sprechen Sie mit der Redaktion. Heute ist für Sie zwischen 14 und 15 Uhr am Telefon:

Michael Stifter (Politik)
Rufnummer (08 21) 7 77-22 99

Heute in Ihrer Zeitung

Labbadia folgt Schmidt

Bruno Labbadia soll den VfL Wolfsburg vor dem Abstieg retten. Der 52-jährige Ex-Profi wird Nachfolger von Martin Schmidt. **»Sport**

Kontakt

Redaktion Tel. (090 71) 79 49 - 10
Fax (090 71) 79 49 - 70
redaktion@donau-zeitung.de

Anzeigen Tel. (090 71) 79 49 - 50
Fax (090 71) 79 49 - 45
anzeigen@donau-zeitung.de

Abo-Service Tel. (090 71) 79 49 - 90
abo@donau-zeitung.de



4 190246 101909

3 0008